



II- 4640 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl. 10 101/7-I/7/79

Wien, am 18. Jänner 1979

Parlamentarische Anfrage Nr. 2234/J  
d. Abg. Dr. Scrinzi, Dr. Stix, Meissl  
betr. Lärmbelästigung durch Betriebs-  
anlagen - Verfahrensdauer

2195/AB

1979 -01- 23

zu 2234/J

An den

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Anton BENYA

P a r l a m e n t

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 2234/J  
betreffend Lärmbelästigung durch Betriebsanlagen - Ver-  
fahrensdauer, die die Abgeordneten Dr. Scrinzi, Dr. Stix,  
Meissl am 1. Dezember 1978 an mich richteten, beehre ich  
mich, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Der von der Volksanwaltschaft im 1. Bericht an den Natio-  
nalrat (Seite 51, Punkt 2.1) vertretenen Auffassung, "daß  
die Möglichkeiten einer Verkürzung der Verfahrensdauer  
bzw. die Möglichkeit von allenfalls zu ergreifenden Sofort-  
maßnahmen einer eingehenden Prüfung zugeführt werden soll-  
ten" wurde unter anderem dadurch Rechnung getragen, daß  
die Frage der Dauer der Verfahren betreffend gewerbliche  
Betriebsanlagen bzw. deren möglichste Straffung in der  
Tagung der Gewerbereferenten der Bundesländer eingehend er-  
örtert wurde. Die Tagungsteilnehmer aller Bundesländer  
haben auf die immer schwieriger und umfangreicher werdenden  
Verfahren in diesem Bereich und auf den drückenden Personal-

Blatt 2

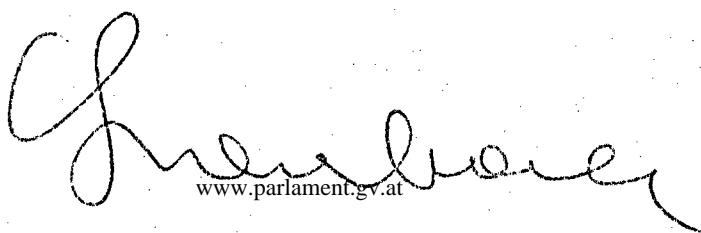
DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

mangel (diese Verfahren verlangen hochqualifizierte Kräfte) hingewiesen. Die Vertreter der Bundesländer haben zugesagt, die Verfahren betreffend gewerbliche Betriebsanlagen trotzdem so rasch wie möglich durchzuführen.

Auch mein Ressort ist wie bisher bestrebt, soweit es die Schwierigkeit der Materie und die einschlägigen Verfahrensvorschriften zulassen, die diesbezüglichen Berufungsverfahren zügig abzuschließen. Hiezu gehört auch das Bemühen, das Einvernehmen mit den anderen Ressorts, die an diesen Verfahren durch Beistellung amtlicher Sachverständiger mitzuwirken haben (Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, Bundesministerium für soziale Verwaltung - Zentrales Arbeitsinspektorat), hinsichtlich der raschen Erledigung herzustellen und die Abgabe der Gutachten auch von diesen Ressorts so rasch wie möglich zu erwirken. Im übrigen hat auch mit dem Herrn Volksanwalt Gustav Zeillinger bereits eine Aussprache stattgefunden, in der unter Hinweis auf die rechtlichen Möglichkeiten die Zusage erteilt wurde, diesbezügliche Verfahren so rasch wie möglich einer Erledigung zuzuführen.

Zu Frage 2:

Die Herren Landeshauptmänner wurden wiederholt aufgefordert, Beschwerden, insbesondere solche die an mich gerichtet wurden, sofort auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und zutreffendenfalls die im § 360 GewO 1973 vorgesehenen Sofortmaßnahmen wie die gänzliche oder teilweise Schließung des Betriebes, die Stilllegung von Maschinen oder sonstige die Anlage betreffende Sicherheitsmaßnahmen oder Vorkehrungen zu verfügen. Ich darf darauf hinweisen, daß der Instanzenzug hinsichtlich dieser Maßnahmen beim Landeshauptmann endet.



www.parlament.gv.at